

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: E. Fonlane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: S. Schmiedehaus, sammtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Krotte in Posen.

Posener Zeitung Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gml. Ad. Salsch, Hofstet., Gr. Gerber- u. Breitestr. - Ecke, Otto Nicksch, in Firma J. Aumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Charlewski, in Meseritz bei Ph. Mallin, in Breschen bei J. Jabelehn u. v. d. Inzerat-Annahmestellen von G. L. Danke & Co., Saasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Sonnabendblatt“.

Nr. 560.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 14. August.

1890.

Inserate, die sechs-spaltige Zeilenhöhe oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Innere Reformen.

Im Staatsministerium werden gegenwärtig der von dem Minister des Innern ausgearbeitete Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen und eine Denkschrift über denselben berathen. Es wird damit, wenn man von der verfehlten Gesetzgebung des Jahres 1850 absieht, der erste ernsthafte Versuch unternommen, eine schon von den Reformatoren des preussischen Staates im Anfang des Jahrhunderts gehegte Absicht zur Ausführung zu bringen. Daß der Städteordnung, dem unvergänglichen Denkmal der Stein-Hardenberg'schen Epoche, nicht eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Landgemeinden auf dem Fuße gefolgt ist, hat dieselbe Partei verschuldet, deren Organ jetzt schon wieder über die „Windeseile“ zetet, mit welcher heute Gesetze gemacht würden. Bis zum Jahre 1848 haben die „patriarchalischen“ Zustände, wie sie dieselbe Partei heuchlerisch nennt, ohne Einschränkung in den Landgemeinden geherrscht. Dann verschwand mancherlei aus der patriarchalischen Zeit, leider zum großen Theil nur für einige Jahre, weil das Volk nicht verstand, das, was es errungen hatte, festzuhalten und das Feld wieder der Reaktion überließ, die sich mit nur zu großem Erfolge bemühte, die Spur des Jahres 1848 aus den Gesetzbüchern auszuwischen. Es vergingen wieder zwei Jahrzehnte, bis sich die preussische Regierung entschloß, dem Drängen nach einer Reform der inneren Verwaltung nachzugeben. Graf Eulenburg der ältere gab sich redliche Mühe, die Erinnerungen aus der Konfliktzeit, welche sich an seinen Namen knüpften, vergessen zu machen durch seine Verwaltungsgesetze, welche er nur gegen den heftigsten Widerstand der Kreuzzeitungspartei durchsetzen konnte. Er beging nur den großen Fehler, daß er nicht mit dem Gesetze, auf welchem sich eine Verwaltungsorganisation erst aufbauen konnte, mit einer Landgemeinde-Ordnung den Anfang machte, sondern sie als Schlussstein seines Werkes in Aussicht nahm. Diesen Schlussstein zu setzen, ist ihm so wenig beschieden gewesen, wie seinen Nachfolgern Eulenburg II. und Friedenthal.

Fürst Bismarck war es, welcher der Verwaltungsreform immer unfreundlicher gegenübertrat. Sein alter Genosse aus der Konfliktzeit wurde ihm zu liberal, die beiden Nachfolger desselben theilten dies Schicksal; allen Dreien wurde das Verbleiben im Amte durch den Reichskanzler unmöglich gemacht. Erst Herr v. Puttkamer war sein Mann; dieser revidirte die Verwaltungsgesetze rückwärts und wies alle Erinnerungen an den Erlaß einer Landgemeindeordnung unter dem Beifall der Reaktionären von der äußersten Rechten, mit denen Fürst Bismarck schon längst wieder Fühlung genommen hatte, zurück. Der damalige Reichskanzler wollte keine Landgemeinde-Ordnung und deshalb war auch eine Reform der Schul-, Steuer- und Wegegesetzgebung unmöglich. Alle Versuche, auf diesen Gebieten Reformen, deren Nothwendigkeit an sich — wenn auch über die Ziele keine Einigkeit herrschte — Niemand mehr bestritt, anzubahnen, scheiterten an dem Mangel an leistungsfähigen Gemeinden oder Gemeindeverbänden im Osten.

Der Nachfolger Puttkamers, der jetzige Minister Herrfurth, hatte als Unterstaatssekretär die Nothwendigkeit eines Erlasses einer Landgemeinde-Ordnung erkannt und begann daher bald nach seiner Ernennung mit den Vorarbeiten, deren Ergebnisse zur Zeit das Staatsministerium beschäftigen. So lange Fürst Bismarck an der Spitze des Ministeriums stand, kam es bei solchen Berathungen weniger auf die Ansichten der übrigen Staatsminister an, als auf die seine, das hat Herr v. Scholz mit seinem Steuergesetzentwurf erfahren müssen. Heute ist dies anders geworden, und diesen Schritt zum Besseren hat man dem Abgange des Fürsten Bismarck zu verdanken. Ob der Entwurf, der auf Grund der Berathungen des Staatsministeriums dem Landtage vorgelegt werden wird, den Wünschen des Landes entsprechen wird, kann man erst beurtheilen, wenn sein Inhalt bekannt werden wird. Darin aber ist schon ein Fortschritt zu erblicken, daß eine Landgemeinde-Ordnung überhaupt ausgearbeitet wird.

Deutschland.

Δ Berlin, 13. August. Vom Kriegsschauplatz der Sozialdemokratie liegen neue Meldungen vor. Die erste betrifft das Verhältniß der Fraktion zu der radikalen und antiautoritären „Volkstribüne“. Herr Bebel konstatiert im „Volkstribüne“, daß er nicht gesagt hat: Die „Volkstribüne“ hat immer einen so eigenthümlichen Standpunkt eingenommen wie noch nie ein Blatt zuvor, sondern im Gegentheil: „Die „Volkstribüne“ nimmt eine so eigenartige Stellung in unserer Parteipresse ein, daß sie eine Lücke ausfüllt.“ Diese Erklärung

des Abg. Bebel richtet sich formell und der Absicht des Erklärens nach gegen den „Genossen“ Wildberger, materiell und in Wirklichkeit aber noch mehr gegen den guten Freund des Abg. Bebel, den Herrn Paul Singer. Denn des letzteren Urtheil über das Blatt lautete bekanntlich: „Uns könnt Ihr sie schenken, wir wollen sie nicht.“ Auf dem Kongresse wird Bebel wohl vermitteln, wenn im Kampf mit den Hintermännern der „Volkstribüne“ Singer allein steht. Eine zweite Meldung ist überaus entmutigend für die Radikalen. Eine sozialdemokratische Volksversammlung in Dresden, welche von weit über 2000 Personen besucht gewesen sein soll, hat dem Abg. Bebel zugestimmt, die Haltung der „Sächs. Arbeiterztg.“ mit allen gegen zehn bis zwölf Stimmen verurtheilt und den Uebergang des Blattes in Parteieigenthum nicht bloß verlangt, sondern auch sofort durchgesetzt. Drittens erfolgt aus der Fraktion die Mittheilung, daß ein neues Programm (damit ist wohl zugleich gemeint: irgend eine Abänderung des alten Programms) für diesen Parteitag noch nicht in Aussicht genommen sei. Da diese Absicht der Fraktion sowohl von der in der Partei bestehenden Auffassung abweicht, als auch dem Beschlusse des St. Galler Parteitags widerspricht, so dürfte ein lebhafter Widerspruch auch dagegen nicht ausbleiben. Selbstverständlich ist der Parteikongress in der Beschlussfassung über seine Tagesordnung souverän. Nach allem, was man merkt, bietet übrigens Bebel mit Erfolg seinen alten und gefestigten Einfluß in der Partei gegen die Nörgler und Autoritätsgegner auf, denen vor dem Kongresse vielleicht schließlich doch grauen wird. — Die Arbeiterschaft ist nie so entmutigt und nie so gefügig gewesen als jetzt, so lange wir die Arbeiterbewegung hier zu beobachten Gelegenheit gehabt haben. Im Baugewerbe wird zu Bedingungen gearbeitet, die sich von den Forderungen, welche beim letzten Streik gestellt wurden, um ein Bedeutendes unterscheiden, sowohl was den Lohn, als was die Arbeitszeit betrifft. Ueber die Gründe oder wenigstens über den Antheil, den verschiedene Gründe an dieser Erscheinung haben, kann man streiten. Die „Baugewerks-Zeitung“ meint, daß die öffentliche Meinung, das Gesamtpublikum, sich entschieden auf die Seite der Arbeitgeber gestellt habe. Ohne dies bestritten zu wollen, sind wir der Ansicht, daß auch ein starker Zugzug von auswärts die Arbeitsbedingungen der Gesellen verschlechtert hat. Hohe, d. h. im Verhältniß zu den durchschnittlichen und allgemeinen hohe, Löhne haben die Wirkung, daß sie ein starkes Angebot von Arbeitskräften hervorgerufen, und enthalten damit ihren Fall in sich selbst. Jetzt ist zu irgend welcher Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht die Zeit. Das fühlen die Arbeiter recht wohl, und da sie außerdem durch die immerwährenden Opfer und Unterstützung erschöpft sind, so ist das Interesse für die Gewerkschaftsbewegung so lau und matt wie nie zuvor. Nie sind die gewerkschaftlichen Versammlungen so schwach besucht gewesen wie gegenwärtig. Kurz es haben Entmutigung und Enttäuschung, Lauheit und Egoismus in außerordentlichem Maße Platz gegriffen. Unzufriedenheit ist die Signatur geblieben, aber die Unzufriedenheit richtet sich jetzt gegen die eigenen Leiter und Kameraden. — Von vielen Blättern wird es als eine ausgemachte Sache hingestellt, daß das Altersversicherungsgesetz am 1. Januar 1891 in Kraft treten soll. Diese Annahme ist doch wohl unzutreffend. Es kann sich nicht empfehlen, den Termin für das Inkrafttreten von oben herab festzusetzen, sondern der Termin muß sich darnach richten, bis zu welchem Zeitpunkte die Provinzial- und unteren Behörden die Vorbedingungen der Ausführung hergestellt haben. In der letzten Konferenz der Landesdirektoren herrschte Einmüthigkeit darüber, daß die Vorarbeiten noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Auch regierungsseitig ist der 1. Januar als Termin für die Inkraftsetzung niemals mit voller Bestimmtheit angegeben worden.

— Der Kaiser ist gleich am ersten Tage nach seiner Rückkehr in die deutsche Reichshauptstadt durch eine kunstvolle Erinnerungsgabe erfreut worden. Man wird sich erinnern, daß die Somali-Karawane, die vor kurzem hier gastirte, zu zwei Separat-Vorstellungen vor dem Kaiser eingeladen wurde, und daß der Monarch später seiner Freude über die gelungene Schaustellung dadurch Ausdruck gab, daß er den Negern große Silbermünzen an Ketten mit seinem Bilde zum Geschenk machte. Jetzt hat auch der Kaiser eine Erinnerung an jene Separat-Vorstellung vdr dem Neuen Palais in Potsdam erhalten, nachdem der Manager der Truppe, Herr v. Schirp, die Genehmigung zur Ueberreichung derselben durch ein Schreiben des kaiserlichen Korrespondenz-Sekretärs, Geheimraths Mießner, empfangen. Diese Widmung an den Kaiser besteht aus einem Album, einem Prachtwerk deutscher Kunst-Industrie. Der Einband ist aus bestem rothbraunen

Leder mit vergoldeten Beschlägen und ornamentaler Pressung hergestellt. Auf der Vorderseite des Deckels befindet sich ein Arrangement von Waffen und Gebrauchsgegenständen der Somalis. Die Mitte krönt ein Kriegsschild, hergestellt aus dem Fell einer ostafrikanischen Zwerggazelle; ringsum reihen sich zu malerischer Gruppierung Speere und Lanzen, Trinkgefäße und Schmucksachen, alles erhaben gearbeitet und in Farben ausgeführt. Die erste Seite trägt die kalligraphische Widmungsschrift mit einem Somaliner als Initial, mit farbigen Lettern und reichen Verzierungen. Den weiteren Inhalt des Albums bilden 12 Kabinettbilder und 12 Photographien in Visiteformat. Auf ersteren sind die einzelnen Abtheilungen der Vorstellung vor dem Neuen Palais vorzüglich wiedergegeben. Man sieht den Kaiser und seinen Gast, den Kronprinzen von Italien, in heiterster Laune, den Vorführungen der Neger folgen, und auch die kaiserlichen Prinzen sind gut auf den Bildern getroffen. Die zwölf Visiteporträts sind Bilder derjenigen Somalis, die dem Kaiser besonders gefallen haben. Herr v. Schirp durfte vorgestern Vormittag die kostbare Erinnerungsgabe im hiesigen Schloß überreichen.

— Die Kaiserin Friedrich wird am 26. August Athen in Begleitung der Prinzessinnen Viktoria und Margarethe wieder verlassen, nachdem am 24. d. M. die Taufe des kleinen Prinzen Georg in der Metropolitankirche zu Athen stattgefunden haben wird. Die Kaiserin wird über Italien nach Deutschland zurückkehren und sich einige Tage in Homburg und Berlin aufhalten, dann aber ihre Reise nach London fortsetzen, woselbst die Vermählung der Prinzessin Viktoria stattfinden wird, welcher auch das griechische Kronprinzenpaar beizwohnen wird. Anfänglich hatte die Kaiserin beabsichtigt, einige Wochen länger in Griechenland zu verweilen und in Gesellschaft der griechischen Königsfamilie eine Rundreise durch Hellas zu unternehmen. Dieser Plan mußte jedoch in Folge der wenig günstigen Zeitverhältnisse aufgegeben werden, da das griechische Volk gegenwärtig in der leidenschaftlich erregten Kampagne für die Neuwahl steht und die Aufregung während der letzten Tage durch die Nachricht von dem Rücktritt des ökumenischen Patriarchen noch gewachsen ist, so daß ein Bereisen der Provinzen seitens der königlichen Familie wenig zeitgemäß erscheinen konnte.

— Der deutsche Generalkonsul in London beauftragte, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, den Konsul in Cardiff, für den Kaiser über die Einzelheiten des Streiks und die Organisation der Gewerksvereine einen Bericht einzusenden.

— Der „Kreuzztg.“ zufolge erhält sich die Ueberzeugung, daß nach dem Uebergange Zanzibars unter das Protektorat Englands das kaiserliche Konsulat in Zanzibar einer inneren Veränderung unterzogen werden würde. Der dortige Generalkonsul Dr. Michahelles hat um Urlaub nachgesucht und will Anfang September die Heimreise antreten. Als sein Stellvertreter ist am 10. August der zweite Dragoman bei der kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel, Frhr. v. Redwitz, dort angekommen. In beteiligten Kreisen glaubt man, daß er zur Ersetzung des Konsuls dort bestimmt wäre.

— Zu den mehrfach durch die Presse gegangenen Erörterungen über die Frage, ob der bisherige stellvertretende Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika, Premier-Lieutenant Frhr. C. v. Gravenreuth, welcher, wie bekannt, auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden ist, dem Reichskolonialdienst erhalten bleibt, kann der „Hamb. Corr.“ „aus guter Quelle bestimmt versichern“, daß Frhr. v. Gravenreuth seine reichen Erfahrungen und seine Thatkraft dem Reichskolonialdienst auch weiterhin zu widmen gedenkt. Ob Frhr. v. Gravenreuth wie andere Afrikaner seine Erfahrungen in einem Buche niederlegen wird, sei bisher noch unentschieden. Vor der Hand liege eine solche Absicht nicht vor.

— Dr. Hinzpeter sendet der „Rhein.-Westf. Ztg.“ mit der Bitte um Abdruck folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr W. Funke! Da ich seit Wochen von Hause abwesend bin, habe ich leider Ihren offenen Brief an mich nicht gelesen. Es ist mir aber die Nr. 212 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zugekommen mit einer Blumenlese von Zeitungsartikeln über diesen Ihren Brief. Daraus habe ich denn schon zur Genüge gesehen, daß ich Ihnen für denselben zu ganz besonderem Dank verpflichtet bin, da es für einen alten Schulmeister, wie ich bin, immer eine ertheiternde Abwechslung ist, wenn er sich seinerzeit einmal geschulmeisterlich nicht; namentlich, wenn dies in so feiner Weise geschieht, wie es Ihnen gelungen ist, es zu thun. Da der Zwed Ihrer Veröffentlichung offenbar ein ganz anderer war, als der, eine Antwort von mir zu erhalten, so kann ich wohl annehmen, mit diesen Zeilen des Dankes allen Pflichten der Höflichkeit genügt zu haben. In vorzüglicher Hochachtung, sehr geehrter Herr W. Funke, Ihr ganz ergebener Paris, 8. VII. 90. Dr. Hinzpeter.“













